



ARE-Kurzinformation Nr. 233 Teil II

Serienfax u. E-Mail-Kette -vip-

01. August 2013

Liebe Mitglieder der ARE und der angeschlossenen Verbände und Gruppen, liebe und sehr geehrte Förderer und Freunde unseres Zusammenschlusses, Mitstreiter der ARE- Allianz für Rechtsstaat und Erneuerung, für Wiedergutmachung und Aufbau Ost, sehr geehrte Damen und Herren!

Einige Tage später als beabsichtigt erreicht Sie nun die Fortsetzung der Juli- Kurzinfo, in der wir das ARE-Tandem-Programm mit aktuellem Stand, ferner das Thema „Vorbereitung und Aktionen zur Bundestagswahl“ sowie die nächste und wohl vorläufig letzte Etappe hin zum Abschlussbericht der Enquete-Kommission Brandenburg ins Zentrum gestellt hatten.

- Heute nun geht es um die weiteren, im Einzelnen festgelegten Schritte zur **Dokumentation und Aufarbeitung** im engen Zusammenwirken mit der gemeinnützig anerkannten „Fördergemeinschaft (FRE)“, d.h. der ebenso wissenschaftlich exakten wie politisch und juristisch hoch aktuellen rechtsstaatlichen Fortsetzung der vor uns liegenden Aufgaben 2013/2014. - Außerdem beginnt bei der FRE mit ARE- Unterstützung das mit einem, nun doch vom Land Brandenburg geförderte Projekt zur Orientierung vor allem in den Gymnasien zur Aufklärung und Klarstellung über die historischen Fakten, Hintergründe und Zusammenhänge in den Jahren 1945 bis 1960, (Schwerpunkt: die sogen. „Boden- und Wirtschaftsreform“). Dieses „Schulprojekt“, das wir mit wichtigen Partnern gemeinsam auf den Weg bringen und umsetzen, wird mit Sicherheit beträchtliche Aufmerksamkeit finden. Es hilft, eine Lücke schließen zu helfen. Auch für das Schulprojekt werden weitere Zeitzeugnisse 1945- 1949 gesucht. Die öffentliche Vorstellung des „Schulprojekts“ mit dem Ablauf-Programm und den Inhalten wird voraussichtlich bereits am 02.September d.J. anlässlich der diesjährigen „Kyritz-Gedenkfeier“ stattfinden.

- Fünfmal schon tagte seit Gründung Anfang des Jahres erfolgreich und effizient der „Aktionskreis Kulturerbe“, zuletzt im Schlossmuseum Wolfshagen / Prignitz, das baldigst zu besuchen niemand unserer Mitglieder und Freunde versäumen sollte, das sogar eine besondere Reise wert ist, nicht zuletzt wegen der einmaligen Sammlungen, der optischen und höchst gegenständlichen „Rekonstruktion“ des Lebens auf den Gütern und auf dem Lande vor 1945. Zur Zeit stellt Prof. v. Barsewisch in einer wunderbaren Fotoausstellung die „Kindheit auf dem Gut“ in den Mittelpunkt.

- **Archiv-Aufbau und Pläntz-Ausbau: Digitales Dokumentationsprogramm in Vorbereitung** - Trotz zeitlicher und personeller Engpässe macht der Auf- und Ausbau des Dokumentationszentrums Pläntz Fortschritte. So werden z.B. die Beweismittel für die 16 sogen. „Erosionsbereiche“ des „Rechtsstaats“ zusammengetragen und aktuell ergänzt, d.h. von den Konfiskationen 1945- 1949 über die „schwarzen Enteignungen“ bis hin zu den eindeutigen Fehlentscheidungen der Justiz. In diesem Kontext bitten wir unsere Förderer und aktiven Rechtsstaatler weiter um Mitwirkung bei der Erstellung und Inbetriebnahme des digitalen Dokumentenprogramms „ELO“.

- **UOKG und ARE unterstützen gemeinsam Defizit- Beschwerde bei der Bundesjustizministerin** - Als neues Beispiel guter und nachhaltiger Zusammenarbeit der beiden großen Zusammenschlüsse kann es angesehen werden, dass die Auflistung der Defizite, die Dr. Wasmuth an das BMJ geschickt hat- übrigens bis heute nicht beantwortet - inhaltlich von ARE und der „Union der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft“ in der öffentlich-politischen Diskussion mitgetragen wird. S.2.! Soweit für heute. Und in Kürze gibt es Neues und Spannendes.
Mit besten Grüßen Ihr ARE-Team mit M. Graf von Schwerin

Auszug Teil 1 (Autor: Dr. Johannes Wasmuth)

Öffentliche Petition zur Aufarbeitung staatlichen Verfolgungsunrechts in SBZ DDR sowie in der Bundesrepublik Deutschland durch das Bundesministerium der Justiz

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Leutheusser-Schnarrenberger,

mit Interesse habe ich Ihre öffentlich geäußerte Kritik am mangelnden Aufklärungswillen des katholischen Klerus gegenüber dem Mißbrauch Hunderter Kinder und Jugendlicher in katholischen Einrichtungen zur Kenntnis genommen. Diese Aufklärung ist schon deshalb unerlässlich, weil die Opfer auch Jahrzehnte nach erlittenem Missbrauch und zugefügter Gewalt leiden, ohne dass das ihnen persönlich zugefügte Unrecht angemessen durch die Kirche anerkannt wird.

Defizite des Bundesministeriums der Justiz bei der Aufarbeitung staatlichen Unrechts

In einer Vielzahl öffentlicher Veranstaltungen, in denen ich zu Betroffenen krassen staatlichen Unrechts gesprochen habe, musste ich allerdings feststellen, dass noch weit mehr Menschen bis heute schwerwiegend darunter leiden, dass ihnen in SBZ und DDR bzw. in der Bundesrepublik Deutschland menschenwürdeverletzendes oder gar krasses staatliches Unrecht zugefügt worden ist, das sie und häufig ihr ganzes familiäres Umfeld in ihrer persönlichen, sozialen, beruflichen und wirtschaftlichen Existenz einschneidend getroffen hat. Dennoch wird ihnen dessen Anerkennung und Aufarbeitung bis heute aufgrund mangelnden Engagements, bisweilen gar durch eine aktive Verhinderungsstrategie u.a. des Bundesministeriums der Justiz bis heute konsequent verweigert. Zehntausende Opfer leiden daher, weil ihnen die Bundesrepublik Deutschland die rechtsstaatlich unerlässliche Anerkennung und Aufarbeitung des ihnen zugefügten staatlichen Unrechts verweigert.

Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass bestehende Gesetze zur Aufarbeitung vor allem bundesdeutschen Unrechts noch vollständig fehlen oder dass zur Aufarbeitung von SED-Unrecht geltende Rehabilitierungsgesetz zum Nachteil der Verfolgten von der Rechtsprechung der Rehabilitierungsgerichte systematisch verkannt und nicht angewandt werden. Letzteres ist wesentlich auch darauf zurückzuführen, dass krasses Unrecht vom Bundesministerium der Justiz in zahlreichen offiziellen Stellungnahmen grundlegend verharmlost und beschönigt wird.

Deshalb wende ich mich an Sie als zuständige Bundesministerin der Justiz, um Sie für den Bereich staatlichen Unrechts um das zu bitten, was Sie – im Recht – von der katholischen Kirche für den kirchlichen Bereich einfordern. Dazu zähle ich zunächst diverse Gruppen krassen staatlichen Unrechts auf, das bis heute nicht aufgeklärt und aufgearbeitet ist. Danach fasse ich die Maßnahmen zusammen, die ich Sie unter Berufung auf mein Petitionsgrundrecht aus Art. 17 GG zur Aufarbeitung dieser Unrechtsakte zu ergreifen bitte.

(Auflistung der erforderlichen Maßnahmen folgt)